

Holzarbeiter

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 21

Berlin, den 21. Mai 1932

40. Jahrgang

Zeitung

Lohnpolitik wider die guten Sitten

Mit der gleichen Inbrunst, mit der Hitler seine Legalität beschwört, beteuert das Unternehmertum seine Vertragsfreundschaft. Die Unternehmer sind nach ihren Worten durchaus für Tarifverträge, allerdings wollen sie nur solche, die sie diktieren und die ihnen keine Pflichten auferlegen. Die Lohnzahlung nach den Bestimmungen des Tarifvertrages empfinden sie als unerträglichen Zwang, also fordern sie die Beseitigung der Unabdingbarkeit. Der amtliche Schlichtungsapparat ist eine unbequeme Einrichtung. Man könnte sich aber schließlich damit abfinden, wenn die Verbindlichkeitserklärung aufgehoben würde. Ganz unerträglich ist jedoch die Einrichtung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Das sind die wichtigsten Forderungen des Unternehmertums für eine Reform des Tarifvertragswesens. Im übrigen sind sie aber durchaus tarifvertragsfreundlich.

Im Reichsarbeitsministerium nimmt man das Bekenntnis des Unternehmertums zum Tarifvertrag mit dem gleichen gläubigen Sinn auf, mit dem man im Reichsgericht Hitlerschen Legalitätsschwüren lauscht. Wenn man dort auch die Zeit noch nicht gekommen sieht, die Rechtsgrundlagen des Tarifvertrages aufzuheben, so läßt sich doch mit der Handhabung des Tarifrechts vieles nach den Wünschen der Unternehmer gestalten. Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt verkündet, daß von den Befugnissen zur Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und der Allgemeinverbindlichkeitserklärung nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht werden soll. Und so geschieht es auch.

Der Reichsarbeitsminister hat auch wiederholt nachdrücklich erklärt, daß er nach der starken Lohnsenkung durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 einen weiteren allgemeinen Lohnabbau für sehr unerwünscht halte. Das war eine Verbeugung vor der Arbeiterschaft; den Unternehmern hat er aber gleichzeitig das gewährt, was im Jargon der Hitler-Banden „die Nacht der langen Messer“ heißt. Nicht etwa, daß dem Unternehmertum gestattet wurde, eine Bartholomäusnacht unter den Gewerkschaftsmitgliedern und den „Bonzen“ zu veranstalten. Es ist kein Blut geflossen, nur der Schmachtrien wurde den Arbeitern um einige Zollenger geschnallt. Natürlich ganz „legal“.

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 waren die Tarifverträge bis zum 30. April 1932 verlängert. Die meisten sind von den Unternehmern gekündigt und an diesem Tage abgelaufen. Das wollten die Unternehmer;

sie stellten sich nicht zu Verhandlungen, und die vom Reichsarbeitsministerium instruierten Schlichtungsbehörden ließen sie ruhig gewähren. So kam der ersehnte vertraglose Zustand. Bei der riesenhaften Arbeitslosigkeit glaubten die Unternehmer ihren Gelüsten ungehemmt die Zügel schießen lassen zu können. Ungeheuerliche Lohnabzüge wurden diktiert, um für spätere Verhandlungen „Tatsachen“ zu schaffen. Inwieweit die amtlichen Schlichtungsorgane diese Tatsachen respektieren, ist noch nicht zu übersehen. Die Unternehmer verstehen zu schreien. Mit gut gespielter Entrüstung haben sie in bestimmten Fällen behauptet, der Schiedsspruch hätte in dieser Notzeit die Löhne beträchtlich erhöht, während in Wirklichkeit ein empfindlicher Abbau erfolgt war. Allerdings nicht in dem Maße, wie ihn einige gar zu häßliche Unternehmer vorher durchgeführt hätten.

In den Wochen nach dem 30. April feiert der Lohnabbau wieder Orgien. Der Reichsarbeitsminister aber wäscht seine Hände in Unschuld. Er hat doch deutlich erklärt, daß er einen allgemeinen Lohnabbau für unerwünscht halte. Mehr kann er nicht tun. Die staatlichen Machtmittel kann man wohl anwenden; um nach dem Willen der Unternehmer die Löhne zu senken, aber mit den gleichen Mitteln die Arbeiter vor übermäßiger Unbill zu schützen, das ist nicht angängig.

Nach den Erfahrungen in neuerer Zeit hat das Reichsarbeitsministerium von seinem Recht der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen sehr oft nur zum Zweck des Lohndrucks Gebrauch gemacht. Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit sind im allgemeinen wenig aussichtsreich. Die Aussichten werden noch geringer, wenn nach den Wünschen des Reichsarbeitsministeriums Lohnvereinbarungen nur kurzfristig abgeschlossen werden. Durch gründliche Prüfung der Voraussetzungen läßt sich, wie die Erfahrung lehrt, leicht erreichen, daß das Abkommen abläuft, ehe die Prüfung beendet ist.

Diese Handhabung des Tarifvertragsrechts bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Unternehmertums, ob es allerdings den Interessen der Unternehmer wirklich entspricht, ist eine andere Frage. Als ein Zeichen dafür, daß es auch dort zu dämmern beginnt, kam man einen Artikel wert, der in dem Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, der „Holzindustrie“ vom 7. Mai, veröffentlicht ist. Dort wird die Aufmerk-

samkeit auf ein Urteil des Reichsgerichts gelenkt, welches in dem Verhalten eines Unternehmers, der seine Arbeiter untertariflich entlohnt und, gestützt darauf, niedrigere Preisangebote macht, eine sittenwidrige Schädigung der tariftreuen Firmen erblickt. Gegen einen solchen Schädling kann unter Umständen unter dem Gesichtspunkt einer ungerechtfertigten Bereicherung auf Unterlassung der untertariflichen Bezahlung und auf Schadenersatz geklagt werden. Nach Auffassung des Reichsgerichts, so heißt es in dem Artikel, scheint „hinreichend festgestellt, daß die Nichterfüllung von Tarifverträgen dem Zweck dient, sich einen Vorsprung gegenüber den wettbewerbenden Firmen zu sichern. Dies sei ein Verstoß gegen die guten Sitten, vor allem deshalb, weil es sich um die Außerachtlassung einer Regelung handelt, die im Interesse der Schaffung und Aufrechterhaltung gesunder sozialer Verhältnisse kraft öffentlich-rechtlicher Gewalt getroffen wurde.“

Die Tendenz des Artikels richtet sich gegen den Außenseiter, der durch untertarifliche Entlohnung der Arbeiter eine „Verschiebung der Konkurrenzgrundlage“ herbeiführt, die der tariftreue Unternehmer nicht ohne weiteres hinzunehmen braucht. Eingangs des Artikels wird zwar darüber geklagt, daß die Forderung der Unternehmer auf

„Beseitigung der Unabdingbarkeit und Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht erfüllt“ sei; aber das ist eine der Inkonsistenzen, die beim Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie nicht weiter auffallen.

Aus der zustimmenden Erörterung der erwähnten Reichsgerichtsentscheidung ist zu schließen, daß man auch im Unternehmerlager erkennt, wie durch wilde Konkurrenz auf Kosten des Arbeitslohns das Gewerbe als Ganzes geschädigt wird. Wären die Unternehmer konsequent, dann müßten sie im eigenen Interesse und in dem des ganzen Gewerbes für allgemeinverbindliche Tarifverträge eintreten, mittels derer den Schädlingen des Gewerbes das Handwerk gelegt werden kann. Aber das Streben, die Zeit der Massenarbeitslosigkeit zu intensiver Knechtung der Arbeiter auszunutzen, läßt vernünftige Erwägungen nicht aufkommen. Das Reichsarbeitsministerium verfügt über die Machtmittel, um die unvernünftigen Unternehmer zu deren eigenem Nutzen zu einer gesunden Tarifpolitik zu erziehen. Bis jetzt ist der Wille, solche Erziehungsarbeit zu leisten, nicht erkennbar. Man gibt den wilden Männern Gelegenheit, sich auszutoben mit dem Erfolg, daß Lohnpolitik wider die guten Sitten getrieben und die Aufrechterhaltung gesunder sozialer Verhältnisse hintangehalten wird.

Nazi-Zellen in den Betrieben

Wenn sich auch die hochgespannten Erwartungen der Nationalsozialistischen Partei bei den Wahlen in diesem Frühjahr nicht erfüllt haben, so haben die Nazis doch ganz außergewöhnliche Erfolge erzielt. Diese Erfolge verdanken sie einer geschickt aufgemachten, skrupellosen Agitation. Zum anderen aber auch der politischen Verständnislosigkeit weiter Kreise des Bürgertums.

Die wirtschaftlichen Nöte schufen den Boden, der den Mittelstand in Stadt und Land reif machte für das Gefolge Hitlers. Für alle Bevölkerungskreise hat er Versprechungen. Es gehört nicht viel Verstand dazu, um zu erkennen, daß es ganz unmöglich ist, die widersprechendsten Wünsche zu befriedigen, denen die nationalsozialistische Agitation Erfüllung versprach. Aber wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm greift, so setzten Kleinbürger wie Bauern alle Hoffnung auf Hitler. Sympathie findet er auch bei der tatendurstigen Jugend, die, durch lange Arbeitslosigkeit der produktiven Tätigkeit entfremdet, von dem Landsknechtsleben in Hitlers Privatarmee angezogen wurde.

Nur bei einer Bevölkerungsschicht haben die Nazis keinen Eingang gefunden. Die in der Schule der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei erzogenen Arbeiter durchschauen den Nazispuk. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammen-

hänge macht sie immun gegen die Hitlerschen Sirenenklänge. Klassenbewußte Arbeiter lassen sich durch die hohlen Versprechungen, deren Undurchführbarkeit offenbar ist, nicht ködern. Das haben die Nazis erkannt, und deshalb machen sie besondere Anstrengungen, in den Betrieben Boden zu gewinnen.

Bei der Reichsleitung der NSDAP. besteht eine „Reichsbetriebszellenabteilung“, die kürzlich „vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebsmarxismus“ herausgegeben hat. Einleitend wird auseinandergesetzt, daß die NSBO. (soll wohl Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation heißen) keine Gewerkschaft ist, sondern „nichts weiter als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederringung des Betriebsmarxismus“. Deshalb können

„bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden.“ Allerdings können ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind beiden Herren Pgs. Unternehmern zu zerstreuen.“

Dann folgen Anweisungen für die Werbeaktion: „Es muß jedem einzelnen Parteigenossen, der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden,

der NSBO. anzugehören. Parteigenossen, die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen."

Wichtig ist es für die Nazis, es mit den Unternehmern nicht zu verderben.

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Unternehmer und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“

Während die Unternehmer zu schonen sind, müssen die „Gewerkschafts- und SPD-Bonzen“ mit Schmutz beworfen werden.

„Es muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzen gegenüberzustellen und deren einseitigen Beruf. Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter führt oft später zur Reife politischer Erkenntnis.“

Ganz richtig haben die Nazis erkannt, daß das blöde Geschrei der Kommunisten für sie ungefährlich ist. Deshalb heißt es in den Richtlinien: „Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der RGO. und KPD. als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen.“

„Die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Parteigenossen in die Betriebe zu bringen“, wozu die „Richtlinien“ nähere Anweisungen geben. Daneben haben alle Nazis die Pflicht, Material für die Proskriptionslisten zu sammeln; für das Verzeichnis derer, die in der Nacht der langen Messer „anzulegen“ sind. Dafür wird vorgeschrieben:

„Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marxistenfunktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw., ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten.“

Welchen Zweck diese Tätigkeit hat, wird offen ausgesprochen: „Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Macht ergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen.“

Die Richtlinien sagen deutlich, daß die Nazis in den Betrieben nicht etwa die Aufgabe haben, für das Wohl der Arbeiter einzutreten. Die Nazis wollen keine Gewerkschaften sein, sondern im Gegenteil die Arbeit der Gewerkschaften sabotieren. In diesen Rahmen paßt es, daß diese schmierigen Gesellen angewiesen werden, sich bei den Unternehmern als Streikbrecher in empfehlende Erinnerung zu bringen und als Helfer bei der Senkung der Löhne. Wörtlich heißt es:

„Wichtig ist noch, die Herren P.g.s.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde als eine marxistisch verhetzte.“

In den Schlußbemerkungen wird auf die Wichtigkeit hingewiesen, die Arbeiterschaft in den Dienst der Nazibewegung zu stellen. Dann folgt der Hinweis:

Auch hat der Kapp-Putsch uns gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD. lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD. fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparats.“

Die Herausgeber dieser Richtlinien hatten diese nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sie sind nur einem kleinen Kreise von Funktionären zugegangen. Um so wertvoller ist ihre Veröffentlichung. Sie zeigen, daß die Nationalsozialisten die Aufgabe haben, in den Betrieben als Knechte des Unternehmers zu wirken. Es ist ein sauber abgekartetes Spiel. Die Scharfmacher stellen Hitler als Mann zur Verfügung, dafür hat dieser die Aufgabe übernommen, dem Unternehmerräte dienstwillige Sklaven zur Verfügung zu stellen. Spione und Speichellecker, die in den Betrieben gegen die Gewerkschaften hetzen

und dem Unternehmer Zuträgerdienste leisten, zugleich aber als Streikbrecher dem Unternehmer für jeden Anschlag gegen die Arbeiterschaft zur Verfügung stehen. Jeder ehrliche Arbeiter meidet die Gemeinschaft mit solchem Ungeziefer.

Albert Thomas gestorben

Am 8. Mai ist in Paris, wohin er sich zur Teilnahme an der Wahl für die Kammer begeben hatte, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, einem Schlaganfall erlegen. Thomas, der nur ein Alter von 54 Jahren erreichte, hat sich schon frühzeitig mit sozialen Fragen beschäftigt. Er war Mitarbeiter von Jaurès an der „Humanité“. Seit dem Jahre 1910 gehörte er als sozial-

demokratischer Abgeordneter der französischen Kammer an. Ebenso wie für die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen interessierte er sich für die Völkerverständigung. Im Zusammenwirken mit dem Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank veranstaltete er die Konferenzen deutscher und französischer Parlamentarier, die unter Teilnahme von Abgeordneten der verschiedensten Parteien im Jahre 1913 in Bern, 1914 in Basel tagten. Leider haben diese Veranstaltungen den Ausbruch des Weltkrieges nicht verhindert. Während des Krieges trat Thomas in die französische Regierung ein. Bei der Errichtung des Internationalen Arbeitsamtes nach Beendigung des Krieges wurde Thomas zu dessen Leiter berufen. Es ist gewiß nicht seine Schuld, wenn das

Internationale Arbeitsamt die an sein Wirken geknüpften weitgehenden Hoffnungen nicht erfüllt hat. Albert Thomas hat mit außerordentlicher Energie daran gearbeitet, die Widerstände zu überwinden, die sich den Fortschritten der Sozialpolitik entgegenstellten. Er hat weitblickende Pläne für die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im Zusammenwirken der verschiedenen Nationen entworfen, um das überall daniederliegende Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Diese Pläne hat er noch in großen Zügen in der „Sozialen Praxis“ vom 5. Mai dieses Jahres entwickelt. Sein rascher Tod bedeutet einen schweren Verlust für die Arbeiterschaft aller Länder. Hoffentlich erhält Albert Thomas einen Nachfolger im Amt, der sein Werk mit der gleichen Energie fortsetzt.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im April 1932

In der Gesamtwirtschaft hat die Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes im Monat April weitere Fortschritte gemacht. Von Ende März bis Ende April sank die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 300.000, auf 5.737.000. In der Holzindustrie liegen die Verhältnisse weniger günstig. Die Zählung der arbeitslosen Mitglieder unseres Holzarbeiter-Verbandes ergibt sogar eine kleine Verschlechterung der Lage. Von den 254.588 erfaßten Mitglie-

dern waren Ende April 163.848 oder 64,36 Prozent arbeitslos gegen 163.811 oder 63,89 Prozent am Schluß des Vormonats. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die kleine Zunahme der Arbeitslosen nur auf eine Verschiebung innerhalb des Erhebungsgebiets zurückzuführen ist. Soviel steht aber fest, eine Belebung der Geschäftslage der Holzindustrie ist nicht zu verzeichnen. Die Zahl der Kurzarbeiter ging von 28.179 auf 26.951 zurück oder von 10,99 auf 10,59 Prozent.

Etwas günstiger ist das Ergebnis der Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie. Zwar wurden auch im April wieder einige Betriebe stillgelegt (3 mit zuletzt noch 64 Beschäftigten), andererseits überstieg aber die Zahl der Eingestellten die der Entlassenen um rund 950. Im ganzen wurden 3119 Arbeiter eingestellt und 2173 entlassen. Mehr Einstellungen als Entlassungen haben aufzuweisen: Möbel; Innenausbau; Büromöbel; Türen; Fenster; Kehl-

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende April 1932.

Table with columns: Gau, Bericht haben, Arbeitslose, Ver kürzt arbeiteten insgesamt, Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um, Nicht berichtigt haben. Includes rows for Ostpreußen, Steffin, Breslau, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, and Hauptkasse.

leisten; Stühle; Uhrgehäuse; Holzwaren; Harmoniken; Kisten, Packfässer; Sperrholz; Schubleisten; Bürsten, Pinsel, Kämme, Haarschmuck; Waggons; Karossen und vor allem Sägewerke. Die Mehreinstellungen in der Sägewerksindustrie lassen darauf schließen, daß hier und da die Bautätigkeit doch eine kleine Belebung erfahren hat. Dafür spricht auch die bessere Beschäftigung in den Türen- und Fensterfabriken und im Innenausbau. Zum anderen ist die Beschäftigungszunahme in der Sägewerksindustrie darauf zurückzuführen, daß die Holzlager

der schnittholzverarbeitenden Industrien ziemlich geleert sind, so daß von dieser Seite her eine regere Nachfrage nach Schnittholz vorhanden ist. Ganz ausgesprochen schlecht ist die Geschäftslage nach wie vor in der Klavierindustrie. In den erfaßten Großbetrieben arbeiten jetzt noch ganze 1212 Personen gegen 14.305 im Sommer 1925. Fast ebenso schlimm liegen die Verhältnisse in der Korbwarenbranche. Aus den insgesamt 691 erfaßten Großbetrieben mit 50.923 Beschäftigten wird nur aus 50 mit 6284 Arbeitern ein guter Geschäftsgang

gemeldet. In 130 Betrieben mit 12.646 Arbeitern ist der Geschäftsgang befriedigend und in 506 Betrieben mit 31.993 Arbeitern ist er schlecht. Von 100 Beschäftigten entfallen 12,4 auf gut, 24,8 auf befriedigend und 62,8 auf schlecht beschäftigte Betriebe. Bezeichnet man gut mit 2, befriedigend mit 3 und schlecht mit 4, so ergibt sich als Generalnummer die Zahl 3,504. Im März lautete diese Zahl 3,587 und im Februar 3,648. Es ist also eine ständige, allerdings kaum merkbare Besserung eingetreten. So wird es wohl auch in den nächsten Monaten sein.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat April 1932.

Table with columns: Berufszweig, Anzahl der Beschäftigten, der Eingestellten, der Entlassenen, der leeren Plätze, Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit ... Geschäftsgang. Includes rows for Möbel, Innenausbau, Weiße Möbel, Büromöbel, Türen, Fenster usw., Stühle, Rahmenleiste, Vergold., Uhrgehäuse, Holzwaren, Klaviere, Orgeln, Harmoniken, Sägewerke, Kisten, Packfässer, Sperrholz, Schubleisten, Bürsten, Pinsel, Kämme, Haarschmuck, Knöpfe, Pfeifen, Bleistifte, Sanitärrohre, Korken, Korbwaren, Sport- u. Kinderwagen, Waggons, Karossen, Werfen, Nähmaschinenmöbel.

Stillgelegte Betriebe mit Arbeitern: 1) 3 mit 22, 2) 1 mit 6, 3) 1 mit 6, zusammen 5 Betriebe mit 64 Arbeitern.

Was wird aus der deutschen Holzindustrie?

IV*).

An dritter Stelle der von uns genannten Faktoren für eine gute Geschäftslage der beiden größten Branchengruppen steht die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit. Wie ist es mit dieser gegenwärtig und in den nächsten Jahren bestellt?

Der Wohnungsbau hat heute folgende Aufgaben zu erfüllen: Er hat Wohnungen zu schaffen 1. für Heiratende, die sich einen eigenen Haushalt gründen wollen; 2. für Familien, die in anderen Haushaltungen leben und nun eine eigene Wohnung beziehen wollen; 3. für Einzelpersonen, die sich in der gleichen Lage wie die zuletzt erwähnten Familien befinden und auch das gleiche Bestreben haben; 4. für Familien und Einzelpersonen, die in baufälligen oder aus sonstigen Gründen unbewohnbaren Räumen wohnen, und endlich 5. muß ständig eine gewisse Zahl leerstehender Wohnungen vorhanden sein, damit ein reibungsloses Funktionieren des Wohnungsmarktes gesichert ist.

Wieviel Wohnungen unter Berücksichtigung dieser Umstände jährlich gebaut werden müssen, läßt sich deshalb nicht so ohne weiteres sagen, weil man weder die Zahl der Eheschließungen noch die der Haushaltsgründungen einigermaßen genau kennt. Darüber haben wir vor acht Tagen an dieser Stelle das Nötige bereits gesagt. Auch über die Zahl der baufälligen oder aus anderen Gründen unbewohnbaren Wohnungen gibt es kein einwandfreies Material.

Im Jahre 1927 wurde eine Reichswohnungszählung durchgeführt, auf Grund deren Ergebnisse das Reichsarbeitsministerium in seiner Denkschrift vom 10. Dezember 1927 feststellte, daß Ende 1926 rund 950 000 Haushaltungen ohne eigene Wohnung waren. In den Jahren 1927 bis 1931 sind reichlich 1,5 Millionen Wohnungen gebaut worden. Die Zahl der Eheschließungen wird man für die gleiche Zeit auf etwa 2,8 Millionen schätzen können. Hätten alle jung verheirateten Ehepaare eine eigene Wohnung haben sollen oder wollen, dann müßten statt 1,5 also 2,8 Millionen Wohnungen gebaut worden sein. Allein hier schon ergibt sich ein Fehlbetrag von 1,3 Millionen. Dazu kommen die 950 000 Haushaltungen ohne Wohnung von Ende 1926. Zusammen sind das bis zum Jahreschluß 1931 fast 2,3 Millionen fehlende Wohnungen.

In Wirklichkeit ist der Wohnungsbedarf aber viel kleiner. Wir haben im vorigen Aufsatz auseinandergesetzt, daß und warum nicht jede Eheschließung eine Haushaltsgründung bedeutet. Ihre Zahl ist für die hier in Betracht kommende Zeit auf etwa 1,4 Millionen zu schätzen. Ein Teil dieser Familien ist in alte Wohnungen gezogen, die durch Tod oder Auswanderung des bisherigen Inhabers oder durch Wiederverheiratung verwitweter oder geschiedener Personen frei geworden waren. Berücksichtigt man alle diese Tatsachen, so kann angenommen werden, daß wir am Ende vorigen Jahres einen Fehlbetrag von etwa 800 000 Wohnungen hatten. Das ist der allerdringendste Bedarf. Die Nachfrage würde wesentlich größer sein, wenn die Wohnungsmiete in einem tragbaren Verhältnis zum Einkommen stände. Dann würden viele Familien, die heute bei den Eltern oder Verwandten wohnen, sich gern einen selbständigen Haushalt gründen.

Diesen Umstand lassen wir im folgenden aber außer Betracht. Wir gehen von der Annahme aus, daß uns am Jahreschluß 1931 rund 800 000 Wohnungen gefehlt haben. Diese müßten gebaut werden, um die jetzt herrschende Wohnungsnot zu beseitigen. Dazu kommen die Wohnungen für die jährlich neu entstehenden Haushaltungen. Ihre Zahl läßt sich nur annähernd schätzen. Das Statistische Reichsamt rechnet für die Jahre 1930 bis 1935 mit durchschnittlich etwa 300 000 jährlich. Davon sollen etwa 250 000 eine Neubauwohnung suchen, der Rest würde in alten Wohnungen aus den geschilderten Gründen unterkommen. Wir halten diese Schätzungen, wie bereits ausgeführt wurde, angesichts der furchtbaren Notlage der breiten Massen des Volkes für zu hoch. Es ist vielleicht schon zu günstig geschätzt, wenn man für die

nächsten Jahre mit durchschnittlich 200 000 bis 220 000 Haushaltsgründungen rechnet, für die eine Neubauwohnung in Frage kommt. Nehmen wir einmal 200 000 an. Es müßten dann auch jährlich soviel Wohnungen gebaut werden, damit die neuen Haushaltungen ein Unterkommen finden. Den 800 000 Familien ohne eigene Wohnung wäre damit noch nicht geholfen. Sollen diese bis Ende 1935 gleichfalls eine Wohnung haben, dann müßten von jetzt an jährlich weitere 200 000 gebaut werden. Zusammen sind das jährlich 400 000 Wohnungen. Was das bedeutet, erhellt am besten die Tatsache, daß im bisher günstigsten Baujahr, 1929, nur 338 802 Wohnungen gebaut worden sind. Nach Lage der Dinge ist es ganz ausgeschlossen, daß in einem der nächsten Jahre wieder einmal soviel Wohnungen gebaut werden könnten wie 1929. Und an die errechneten notwendigen 400 000 ist erst recht nicht zu denken.

Von verschiedenen Seiten wird betont, daß der Bedarf an Neubauwohnungen heute voll und gänzlich gedeckt sei, was die verhältnismäßig große Zahl leerstehender Neubauwohnungen beweise. Es ist richtig, daß zahlreiche Neubauwohnungen heute unvermietet sind, aber nicht deshalb, weil die Nachfrage nach solchen befriedigt ist, sondern weil die geforderte Miete für die Wohnungsuchenden unerschwinglich hoch ist. Ständen Mietpreis und die sonstigen Lebenshaltungskosten mit dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten in einem richtigen Verhältnis, würde keine einzige Neubauwohnung leerstehen. Jener Behauptung fehlt mithin die Beweiskraft.

Mehr Beachtung verdient die Vermutung, daß von 1940 an der Wohnungsbedarf stark zurückgehen wird. Im Gegensatz zum Statistischen Reichsamt nimmt z. B. der Statistiker Ernst Kahn an, daß die deutsche Bevölkerungszahl nicht erst im Jahre 1965 mit 69,7 Millionen ihren Höchststand erreichen wird, sondern bereits um 1940 herum mit 65,5 Millionen. Sie soll dann ständig und scharf absinken bis auf 62,9 Millionen im Jahre 1950, auf 56,5 Millionen im Jahre 1965 und auf 49,6 Millionen im Jahre 1975. Ob diese oder die anderen Schätzungen stimmen werden, kann natürlich niemand sagen. Die Wahrheit liegt vielleicht auch hier in der Mitte. Aber selbst wenn die Gesamtbevölkerung von 1940 an noch nicht zurückgehen sollte, so sinkt von diesem Zeitpunkt an doch bestimmt die Zahl der Eheschließungen und damit normalerweise auch die der Haushaltsgründungen. Das ergibt sich ganz notwendigerweise aus dem Geburtenrückgang. Gegenwärtig haben wir etwa 5,4 Millionen Kinder im Alter bis zu 5 Jahren, 1940 werden es nach Kahns Schätzung 3,9 Millionen und 1945 etwa 2,3 Millionen sein. Dann kommt wieder eine Zunahme auf 3,3 Millionen im Jahre 1950. Von da an geht es wieder abwärts auf 2,2 Millionen im Jahre 1960 und auf 1,8 Millionen im Jahre 1975. Diese Zahlen werden selbstverständlich nicht genau stimmen, sie geben die Tendenz der Entwicklung aber sehr wahrscheinlich richtig weiter.

Wir hatten ursprünglich nicht die Absicht, uns mit so ferner Zukunft zu beschäftigen, bei der Behandlung des Wohnungsbedarfs kommt man aber nicht drum herum. Wohnungen baut man nicht für den Tag oder auch nur für die nächsten Jahre, sondern für Jahrzehnte. Würde man Wohnungen bauen ohne Rücksicht darauf, ob sie für die Dauer ihrer normalen Bewohnbarkeit auch Bewohner finden könnten oder nicht, so wäre dies eine unverantwortliche Vergeudung von Volkskraft und Volksvermögen. Der Umfang der Wohnungsbautätigkeit muß sich nach dem augenblicklichen und dem übersehbar kommenden Bedarf richten. Da liegen die Dinge nun so: Wenn vom laufenden Jahre an bis 1935 jährlich 400 000 Wohnungen gebaut werden, wäre am Ende dieser Zeit der objektive Bedarf aller Voraussicht nach gedeckt. In den nächsten fünf Jahren müßten jährlich etwa 370 000 gebaut werden, damit die vorhandene Nachfrage

befriedigt werden könnte. Dann tritt ein scharfer Bedarfsrückgang ein. Kahn rechnet für die Zeit von 1940 bis 1949 mit 224 000 und für die von 1950 bis 1959 mit nur 86 500 neuen Wohnungen im Jahr. In den folgenden Jahren würden noch weniger Wohnungen gebaut zu werden brauchen — immer vorausgesetzt, daß seine Schätzung der Bevölkerungsentwicklung mit der Wirklichkeit einigermaßen im Einklang steht.

Nun entsteht die Frage: Kann der kleine Bedarfsrückgang von 1935 an und der größere von 1940 an und der sehr große von 1950 an ein Anlaß sein, schon jetzt mit dem Wohnungsbau zu stoppen? Nein! Es muß vielmehr alles, was möglich ist, getan werden, damit in den nächsten Jahren recht viel Wohnungen gebaut werden. Das Geld, das für die vorhin errechneten notwendigen Neubauten ausgegeben wird, ist volkswirtschaftlich betrachtet, gut angelegt, es trägt für den einzelnen wie für die Gesamtheit angemessene Zinsen. Das muß gegen jene Stimmen betont werden, die den Wohnungsbau als eine Kapitalfehlanlage bezeichnen.

Und im übrigen darf nicht übersehen werden, daß das Baugewerbe eine wichtige Schlüsselindustrie ist. Wird gebaut, haben viele andere Industriezweige gleichfalls mehr oder weniger flott zu tun. Nach Prof. Sombart sollen mehr als zwei Drittel aller in der Industrie tätigen Personen direkt oder indirekt von der Bauwirtschaft leben. Das ist vielleicht etwas übertrieben, aber soviel steht fest, daß die Bauwirtschaft ein Wirtschaftsmotor ersten Ranges ist. Ihre Wiederingangbringung ist mit einer Voraussetzung zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Die Verkennung dieser Zusammenhänge ist freilich nicht allein daran schuld, daß der Wohnungsbau schon seit vielen Monaten völlig daniederliegt. Es würde zweifellos mehr gebaut, als es gegenwärtig geschieht, wenn die dazu erforderlichen Gelder zu erträglichen Zinsen vorhanden wären. Das ist indessen eine Frage, auf die in diesem Zusammenhang nicht weiter eingegangen werden kann. Sie soll nur erwähnt werden als eine, ja vielleicht als die wichtigste Ursache des Zusammenbruchs des Wohnungsbaues. Im Augenblick sehen die Finanzierungsmöglichkeiten der Bauwirtschaft sehr, sehr trübe aus. Und damit auch die Aussichten des Wohnungsbaues in diesem und den nächsten Jahren.

In den letzten Vorkriegsjahren wurden jährlich etwa 200 000 Wohnungen gebaut. Von 1925 bis 1930 waren es durchschnittlich 286 470. Für 1931 liegt eine amtliche Zahl noch nicht vor; die Schätzungen lauten auf 200 000 bis 240 000. Wir rechnen im folgenden mit 220 000 als die wahrscheinlichste Zahl. Bis 1930 kennen wir den Umfang der Wohnungsbautätigkeit genau, für 1931 ziemlich genau. Viel weniger wissen wir naturgemäß über das Jahr 1932. Aber ganz im Dunkeln tappen wir da auch nicht, denn soweit die Absicht besteht, in diesem Jahr zu bauen, stehen die Pläne bereits fest. Aus dem, was darüber bekannt ist, geht hervor, daß die Wohnungsbautätigkeit 1932 geringer sein wird denn je, da öffentliche Mittel für den Wohnungsbau nur in verschwindendem Umfang zur Verfügung stehen. In dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung, dem wir die zitierten Zeilen entnommen haben, heißt es weiter, daß der baugewerbliche Produktionswert für 1932 mit „rund 2 Milliarden Mark“ angenommen werden kann. Andere Schätzungen lauten auf 1,75 Milliarden, und diese scheinen uns angesichts der augenblicklichen Wirtschaftslage richtiger zu sein.

Was ein Rückgang des baugewerblichen Produktionswertes auf 1,75 Milliarden für das Baugewerbe und für alle von ihm mehr oder weniger abhängigen Industriezweigen bedeutet, erkennt man am besten, wenn man diesen Betrag mit dem Wert der baugewerblichen Produktion in

den letzten Jahren vergleicht. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug dieser in den Jahren 1924 bis 1930:

Wert der baugewerblichen Produktion.

Jahr	Insgesamt	Davon für	
		Wohnungsbau	gewerblich und öffentl. Bau
Milliarden Mark			
1924	3,44	1,10	2,34
1925	4,82	1,85	2,97
1926	5,79	2,10	3,69
1927	7,81	2,90	4,91
1928	8,91	3,20	5,71
1929	8,90	3,50	5,40
1930	7,10	3,00	4,10
1931	3,75	2,00	1,75
1932	1,75	1,00	0,75

Die Wertzahlen für 1931 und 1932 in der vorstehenden Tabelle stammen nicht aus dem Institut für Konjunkturforschung. Dieses rechnet, wie bereits erwähnt wurde, für 1932 mit „rund 2 Milliarden“, wir rechnen auf Grund von Schätzungen anderer Sachverständiger mit 1,75 Milliarden. Für 1931 schätzt das Institut für Konjunkturforschung den Produktionswert auf „rund 4 Milliarden“. Auch dieser Betrag scheint zu hoch zu sein, mit 3,75 Milliarden wird man der Wirklichkeit wahrscheinlich näherkommen. Aber selbst wenn man die höheren Produktionswerte annehmen wollte, sind sie im Vergleich zu den Bausummen der letzten Jahre erschreckend niedrig. Im laufenden Jahre 2,0, wahrscheinlich aber höchstens 1,75 Milliarden, gegen 8,91 Milliarden im Jahre 1928 und fast ebensoviel im folgenden Jahre. Selbst im bisher schlimmsten Baujahr 1931 wurde mindestens doppelt soviel Geld verbaut, als es in diesem Jahre der Fall sein wird. Der Umfang der Bautätigkeit wird aber nicht in dem gleichen Maße zurückgehen. Da der Baukostenindex von 172 (1913: 100) im Sommer 1928 und von 125 im Sommer 1931 auf 110 gegenwärtig zurückgegangen ist, kann man jetzt für das gleiche Geld mehr Gebäude errichten als früher.

Aus unserer Tabelle über den baugewerblichen Produktionswert geht auch hervor, wieviel von der jeweiligen Jahressumme auf den Wohnungsbau und auf den gewerblichen und öffentlichen Bau entfallen ist. Bis 1930 sind es die Angaben des Instituts für Konjunkturforschung. Für die Jahre 1931 und 1932 liegen von dieser Stelle noch keine Schätzungen vor. Wir sind also gezwungen, selber Berechnungen anzustellen, die zu dem in der Tabelle mitgeteilten Ergebnis geführt haben. Vielleicht sind für das laufende Jahr die Mittel für den gewerblichen und öffentlichen Bau mit 1 Milliarde Mark zu hoch angesetzt. Es sei denn, daß aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wirklich etwas wird. Niemand würde sich mehr als wir freuen, wenn am Jahreschluß festgestellt werden könnte, daß weit mehr öffentliche Bauaufträge erteilt worden sind, als wir angenommen hatten. Sehr schlecht sind auch die Aussichten des gewerblichen Baues. Das Institut für Konjunkturforschung weist in einem seiner letzten Wochenberichte sehr richtig darauf hin, daß von der Seite wesentliche Aufträge nicht zu erwarten sind, da „die Kapazität der gesamten Industrie nicht einmal zur Hälfte ausgenutzt worden ist“.

Ob 1932 für 1,75 Milliarden Mark Wohnungen gebaut werden, steht freilich auch noch dahin. Im Augenblick spricht manches für, aber auch manches gegen diese Annahme. Angenommen, unsere Schätzung stimmt, dann könnten für diesen Betrag bei den heutigen Baukosten etwa 140 000 bis 150 000 Wohnungen gebaut werden. Das wären 70 000 bis 80 000 Wohnungen weniger als im Vorjahre und fast 200 000 weniger als in den Jahren 1928 bis 1930. Und annähernd 250 000 weniger, als nach unserer vorhin aufgemachten Berechnung notwendig sind, um den dringenden Bedarf befriedigen zu können.

Im nächsten Aufsatz wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie sich der starke Rückgang der Bautätigkeit auf die Geschäftslage der beiden größten Branchengruppen auswirkt.

* Vergleiche die Aufsätze in den Nummern 3, 6 und 20.



Aus dem Verbandsleben



Die Vertragsbewegung im Holzgewerbe

Bei der gegenwärtigen Vertragsbewegung handelt es sich um einen Vorstoß des Unternehmertums auf der ganzen Linie. Einheitlich ist die Bewegung nur in ihren Grundzügen. Die Unternehmer erblicken in der Erklärung des Reichsarbeitsministers, wonach die Tariflöhne in einigen Gewerbezweigen zu hoch liegen, den Anreiz, auch die Arbeiter des Holzgewerbes noch gründlich zur Ader zu lassen. Und da der Minister weiter meint, daß da, wo die Lohnsenkung erforderlich ist, diese gleich im gesamten als richtig erkannten Maß vorgenommen werden soll, gehen die Unternehmer aufs Ganze: Sie fordern Abzüge um 10 bis 20 Prozent und mehr an der Spitze und dazu Vertragsverschlechterungen auf allen Gebieten. Insbesondere Verschlechterung der Lohnschlüssel, durch welche sich der an der Spitze geförderte Lohnabzug für manche Arbeiterkategorien teilweise verdoppelt.

In diesen Zielen stimmen die Unternehmer überein, und auch in der Taktik läßt sich eine gewisse Übereinstimmung feststellen. Man will den am 1. Mai eingetretenen vertraglosen Zustand möglichst lange aufrechterhalten und während desselben „fertige Tatsachen“ schaffen; nämlich Lohnabzüge, an denen man, wie sie glauben, bei den späteren Verhandlungen nicht vorbei kann. An manchen Orten sind die Unternehmer dabei so forsch vorgegangen, daß es an verschiedenen Stellen bereits zu offenen Kämpfen gekommen ist. So wehrlos, wie sie annehmen, ist eben unser Verband auch in dieser schlimmen Zeit noch nicht.

Damit ist aber auch die Einheitlichkeit in dem Vorgehen der Unternehmer erschöpft. Im Holzgewerbe gibt es eine Unmenge von Unternehmerorganisationen, und jede macht Politik auf eigene Faust. Daraus entsteht dann ein Wirrwarr, der schwer zu übersehen ist. Nachstehend geben wir eine Übersicht über den Stand der Dinge in den einzelnen Vertragsgebieten.

Bayern

Am 4. Mai wurde, wie bereits berichtet, mit dem Arbeitgeberverband verhandelt, wie vorzusehen war, ergebnislos. Nach dem Vorschlag der Unternehmer sollte in der folgenden und der übernächsten Woche weiterverhandelt werden. Dem schon vorher angerufenen Schlichter war vom Arbeitgeberverband erklärt worden, daß er auf vorangehende Parteiverhandlungen den größten Wert lege. Er brauchte „Tatsachen“, die inzwischen, zunächst in Würzburg, geschaffen werden sollten. Dort hat die „Erste Würzburger Möbelfabrik S. Silbermann“ am 30. April die ganze Belegschaft entlassen mit dem Hinzuügen, daß am 2. Mai weiterarbeiten könne, wer mit einem Lohnabzug von 20 Prozent einverstanden sei. Damit waren die Kollegen, etwa 140 Mann, ausgesperrt. Diese Aussperrung und die offensichtliche Absicht der Unternehmer, die Verhandlungen zu verschleppen, haben den Schlichter veranlaßt einzugreifen, doch haben Verhandlungen noch nicht stattgefunden.

Zu dem Kampf in Würzburg ist noch zu bemerken, daß die Kommunisten zu stärken versuchen. Sie bemühen sich durch Flugblätter Uneinigkeit zu säen. In der Berliner „Roten Fahne“ berichten sie stolz: „Die Würzburger Holzarbeiter streiken unter Führung der RGO.“ Das ist eine der berühmten kommunistischen Wahrheiten. Die RGO hat bei unseren Würzburger Kollegen nichts zu melden, aber wir können ihren guten Willen für die Tat.

Provinz Brandenburg

Der Arbeitgeberverband hat seine Forderungen, die sich in dem jetzt üblichen Rahmen bewegen, erst am 9. Mai unserem Gauvorsteher zugestellt und zugleich auf den 11. Mai zu Parteiverhandlungen geladen. Inzwischen hat auch der Schlichter einen Verhandlungstermin anberaumt.

Bezirk Bremen

Der Arbeitgeberverband hat Mantelvertrag und Lohnarif rechtzeitig am 31. März gekündigt, er war aber dann nicht zu bewegen, seine Forderungen bekanntzugeben. Unsere Kollegen wandten sich deshalb an den Schlichter, der Verhandlungstermin auf den 4. Mai anberaumte. Diesen Termin hat er aber wieder aufgehoben, weil er „eine eingehende schriftliche Vorbereitung für dringend erforderlich“ hält. — Die Tischlerinnung in Bremen hat das Lohnabkommen zum 30. Mai gekündigt.

Verhandlungen statt. Das Ergebnis war ein Sachsen geregelt wird. Der Spitzenlohn Schiedsspruch, durch den der Mantelvertrag nach dem Muster des Vertrages in Würde von 103 auf 98 Pf. herabgesetzt.

Mecklenburg-Schwerin

Am 27. April wurde mit dem Arbeitgeberverband und anschließend mit dem Tischlerinnungsverband verhandelt. Beide Organisationen wollen die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtern, aber im einzelnen gehen ihre Forderungen weit auseinander. Während zum Beispiel der Arbeitgeberverband den Lohn an der Spitze von 88 Pf. auf 70 Pf. herabsetzen will, also um 18 Pf., be-

Organisationswirrwarr im Unternehmerlager ist in diesem Bezirk ziemlich groß. Am ärgsten ist es in Bonn. Ein Teil der Betriebe untersteht hier dem Lohnabkommen für das Rheingebiet, ein anderer Teil ist vertragfrei, und schließlich gibt es noch einen Verband Rheinischer Möbelfabrikanten und Holzindustrieller, für den ein am 12. Februar 1932 gefällter und verbindlich erklärter Schiedsspruch galt, der bis zum 30. April befristet war und abgelaufen ist. Die zu dieser Unternehmergruppe gehörigen Betriebe haben jetzt die Aktion zum gewaltsamer Abbau der Löhne unternommen. Durch Anschlag werden alle Arbeiter entlassen, die nicht durch Aufnahme der Arbeit am 2. Mai ihr Einverständnis mit dem neuen Lohnkittat bekunden, durch welches die Löhne um 10 bis 15 Prozent gesenkt werden. Von der Aussperrung sind betroffen die Firmen Mandt u. Mendel in Langsdorf mit 115 Arbeitern, Rheinische Aktiengesellschaft in Beuel mit 200 Arbeitern und Germania-Möbelwerke in Beuel mit 110 Arbeitern. Dem Vorgehen des Möbelfabrikantenverbandes hat sich die zum Industrieverband, Fachgruppe Holz, gehörige Firma Soennecken mit 68 Arbeitern angeschlossen, deren Organisation zuletzt vertragfrei war. Zur Zeit stehen also in Bonn etwa 500 Kollegen im Kampf.

Rheinland-Westfalen

In diesem Gebiet ist der Rheinisch-Westfälisch-Lippische Tischlerinnungsverband die überragende, aber nicht allein maßgebende Organisation der Unternehmer. Zu den am 9. Mai geführten Verhandlungen waren außer ihm noch der Gauverband für das Drechslergewerbe, der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband, die Arbeitsgemeinschaft münsterländischer Tischlerinnungen und dazu nicht weniger als 29 lohnpolitisch selbständige Innungen geladen. Ein Ergebnis wurde natürlich nicht erzielt, doch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Sachsen-Anhalt

Die am 25. April geführten Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Es wurde vereinbart, daß der Landestarifvertrag bis zum Abschluß der Verhandlungen in Kraft bleibt. Das Lohnabkommen vom 6. Januar 1932 mit einem Spitzenlohn von 94 Pf., das erstmalig zum 30. April kündbar war, ist nicht gekündigt. Nach dem Abschluß war die Allgemeinverbindlichkeit beantragt worden. Sie ist auch ausgesprochen worden, aber die Prüfung ist so gründlich erfolgt, daß das Reichsarbeitsministerium erst am 6. Mai seine Entscheidung fällte. Die allgemeine Verbindlichkeit hat mit dem 1. Mai begonnen.

Schleswig-Holstein

Mit dem Verband der Tischlerinnungen wurde am 2. Mai, mit dem Arbeitgeberverband am 6. Mai verhandelt. In beiden Fällen ergebnislos. Der Schlichter war schon früher angerufen worden. Er hat sich bisher darauf beschränkt, unserm Gauvorsteher die inhaltlich ziemlich gleichlautenden Schreiben der beiden Unternehmerorganisationen in Abschrift zuzustellen, in welchen diese die Verschleppung der Verhandlungen zu entschuldigen versuchen.

Württemberg

Die Verhandlungen am 7. Mai vor dem Schlichtungsausschuß in Stuttgart sind ver- tagt worden.

Seeschiffswerften

Über den Antrag der Unternehmer auf Abbau der Löhne wurde am 4. Mai vor dem Reichsarbeitsminister bestellten Sonderschlichter verhandelt. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die seitherigen Löhne (der Spitzenlohn betrug bisher 75 Pf.) vom 1. Juni an bis zum 30. November um 3 Pf. herabzusetzen, fand keine Unterstützung. Ein Schiedsspruch ist daher nicht zustande gekommen. Somit besteht bezüglich des Lohnes auf den Werften ein vertragloser Zustand. Der Rahmenvertrag gilt noch bis zum 31. Oktober.

Den Alten zur Ehr'



Adalbert Schleicher Sebastian Tschernko Felix Boscher Gottfried Weber

Mitglieder der Verwaltungsstelle Krumbach (Schwaben), die seit Jahrzehnten als Funktionäre mit an vorderster Stelle der örtlichen Holzarbeiterbewegung stehen.

Den Jungen zur Lehr'

Düsseldorf

Die Firma Gebr. Schöndorff untersteht dem allgemeinen Vertrag nicht. Über das Verlangen der Firma, den Lohn auf 85 Pf. herabzusetzen, wurde ergebnislos verhandelt. Der alsdann angerufene Schlichtungsausschuß fällte am 4. Mai einen Schiedsspruch, durch welchen der Lohn auf 1,02 Mk. festgesetzt wird, mit Wirkung bis 31. Mai. Die Firma hat diesen Schiedsspruch nicht nur abgelehnt, sondern zugleich einen Stilllegungsantrag gestellt.

Inzwischen wurde für das Holzgewerbe in Düsseldorf am 12. Mai vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, der den Tariflohn an der Spitze auf 93 Pf. festsetzt. Erstmals kündbar zum 1. Dezember 1932.

Köln

Nach ergebnislosen Parteiverhandlungen am 28. April wurde am 6. Mai vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Die Unternehmer verlangten eine starke Senkung der Löhne unter Verzicht auf einen Mantelvertrag. Die Verhandlungen wurden ver- tagt.

Bezirk Halle

Die am 6. Mai geführten Parteiverhandlungen blieben ergebnislos. Sie wurden ver- tagt; bis zu ihrem Abschluß gilt der seit- herige Vertrag als verlängert.

Bezirk Hamburg

Die Parteiverhandlungen am 9. Mai zeitig- ten noch kein Ergebnis; es wird weiterver- handelt.

Bezirk Hessen-Nassau und Hessen

Der Landesverband der Holzindustrie und des Holzgewerbes, Sitz Frankfurt am Main, hat sich in einem Schreiben an unseren Gauvorsteher grundsätzlich bereit erklärt, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen unter der Voraussetzung, daß die Löhne so weit abgebaut werden, wie ihm gutdünkt. Die am 27. April gepflogenen Verhandlungen blieben daher ergebnislos. Die Unter- nehmerverbände haben ihre Mitglieder so- fort angewiesen, vom 2. Mai an den von ihnen gewünschten Lohnabbau durchzu- führen. Am 11. Mai fanden vor dem Schlichter

gnügt sich der Innungsverband mit einem Abzug von 6 Pf. Auch sonst unterscheiden sich die Forderungen, sie sind aber so, daß eine Verständigung ausgeschlossen ist.

Noch ehe der angerufene Schlichter in Funktion treten konnte, versuchten die Mit- glieder des Arbeitgeberverbandes, auf direk- tem Wege den Lohnabbau durchzuführen. Der Leiter der Deutschen Holzwerke in Schwerin machte bei den Verhand- lungen mit der Belegschaft gar kein Hehl daraus, daß es ihm nur darum zu tun ist, bei den bevorstehenden Schlichtungsver- handlungen sagen zu können, daß seine Leute für 70 Pf. arbeiten. Da er das nicht durchsetzen konnte, mußte die ganze Be- legenschaft ab 9. Mai die Arbeit einstellen. Etwa 160 Kollegen stehen hier im Kampf.

Das gleiche Schauspiel wurde auch in der Türen- und Fensterfabrik Böckmann u. Co. in Güstrow aufgeführt. Der Lohn sollte hier von 85 Pf. auf 67 Pf. gesenkt werden. Auch hier befindet sich die ganze Belegschaft, etwa 100 Mann, im Kampf. Auch in Rostock sind die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes in gleicher Weise vorgegangen. Hier handelt es sich um kleinere Betriebe. In 8 Betrieben wurden 53 Kollegen ausgesperrt, weil sie sich weigerten, für 70 Pf. zu arbeiten.

Ostpreußen

Über die Forderung der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent ist am 6. Mai ergebnislos verhandelt worden. Am 10. Mai trat das tarifliche Lohnamt unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu- sammen. Es fällte einen Schiedsspruch, durch welchen der Lohn an der Spitze von 87 auf 83 Pf. herabgesetzt wird.

Rheingebiet

In dem linksrheinischen Gebiet ist der Mantelvertrag am 30. April abgelaufen, da- gegen gilt das auf Grund eines Schieds- spruches vom 5. Januar 1932 getroffene Lohnabkommen noch bis zum 31. Mai. Der

Mit Lefkaiman diesen Nummer ist der 21. Wochensatzung fällig



Unterhaltung und Wissen



Unter Samuel suchende

20. Fortsetzung.
Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin.

„Ich hatte kein Geld“, erklärte Samuel, „und konnte keine Arbeit finden.“

„Was arbeiten Sie?“

„Ich lebte früher auf einem Bauernhof. Dann starb mein Vater, und ich wollte in die Stadt gehen. Unterwegs wurde mir mein ganzes Geld gestohlen, ich war ganz verlassen, konnte keine Arbeit finden, verhungerte fast.“

„Wie schrecklich! Weshalb kamen Sie nicht zu Papa?“

„Zu ihrem Vater? Ich ... ich wollte doch nicht betteln ...“

„Das wäre nicht betteln gewesen; er hätte Ihnen gern geholfen.“

„Ich kannte ihn nicht. Weshalb sollte er ...“

„Er hilft allen Menschen“, erklärte das Kind. „Das ist sein Beruf.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Wissen Sie denn nicht, wer mein Vater ist?“, fragte die Kleine erstaunt.

„Nein.“

„Mein Vater ist Dr. Vince.“ Sie schaute Samuel mit großen Augen an. „Haben Sie denn nie von ihm gehört?“

„Nein.“

„Er ist Pastor.“

„Pastor!“ wiederholte Samuel betroffen. Aus irgendeinem Grund schien es Samuel ganz besonders furchtbar, bei einem Pastor eingebrochen zu haben.

„Er ist so lieb und gut“, fuhr die Kleine fort. „Liebt alle Menschen, versucht, ihnen zu helfen. Wären Sie zu ihm gekommen, er hätte Ihnen Arbeit verschafft.“

„Es gibt in Lockmanville viele Arbeitslose“, sprach Samuel ernst.

„Die kommen eben nicht zu meinem Papa. Versprechen Sie mir, daß Sie zu ihm kommen und sich helfen lassen werden.“

„Wie kann ich das? Ich wollte ihn doch berauben!“

„Das tut nichts. Sie kennen meinen Papa nicht. Wenn Sie ihm sagen, daß Sie etwas Böses taten und Sie es bereuen — es tut Ihnen doch leid?“

„Ja, sehr leid.“

„Dann wird er Ihnen verzeihen, wird alles für Sie tun. Und wenn er wüßte, daß ich mitgeholfen habe, Sie zu bekehren, ich habe doch ein wenig geholfen, nicht wahr?“

„Ja.“

„Sie ... Sie waren gar nicht schwer zu bekehren“, meinte das Kind zögernd. „Das kleine Mädchen im Buch mußte viel mehr reden. Aber Sie werden von nun an immer gut sein?“

Samuel konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. „Ja, ich werde immer gut sein.“

„Sie wurden wohl zum Outsein erzogen“, philosophierte die Kleine. „Ich glaube auch gar nicht, daß Sie sehr schlecht waren. Es muß furchtbar sein, zu hungern.“

„Es ist furchtbar“, entgegnete Samuel voller Überzeugung.

„Ich hörte noch nie von hungernden Menschen“, sprach das Kind. „Wenn es häufig vorkäme, so gäbe es doch weit mehr Einbrecher.“

Nach einer kurzen Pause fragte sie: „Wie heißen Sie? Mein Name ist Ethel. Und nun will ich Ihnen sagen, was wir tun werden. Mein Papa ist auf dem Heimweg; sein Zug trifft frühmorgens ein. Kommen Sie nach dem Frühstück, ich werde ihn bitten, daß er auf Sie wartet. Sie werden ihm alles erzählen, und dann brauchen Sie keine Sorgen mehr zu haben. Werden Sie kommen?“

„Wird er nicht böse auf mich sein?“

„Bestimmt nicht.“

„Und mich nicht verhaften lassen?“

Ethel machte ein beleidigtes Gesicht. „Mein Papa besucht die Menschen im Gefängnis und hilft ihnen, frei zu werden. Ich verspreche Ihnen, daß er nicht böse sein wird.“

„Gut. Ich werde kommen.“
Sie nahmen voneinander Abschied. Als sich Samuel auf der Straße befand, über sich den freien Himmel, durchtönte eine Freudenhymne seine Seele. Nun ist er kein Einbrecher mehr!

Fünzehntes Kapitel.

Samuel wanderte die ganze Nacht durch die Straßen. Er wollte das dem Kind gegebene Versprechen halten und wagte nicht, zu Charlie Swift zurückzukehren, dessen Protest und Hohn über sich ergehen zu lassen. Am folgenden Morgen läutete er, müde, aber glücklich, an Herrn Vincés Haus-

Daß ich ein Tischler bin ...

Daß ich ein Tischler bin, das ist mir recht Und läßt mich nicht verzagen. Es stemmen Bäume sich durch meinen Sinn, Die Kronen des Vertrauens tragen. Ein Tischler ist kein feiger Knecht Und wird im Stürmen noch zu kämpfen wagen.

Daß ich ein Tischler bin, das gibt mir Mut, Wie auch die Winde jagen. Ich gebe mutig mich dem Brausen hin, Und kenne kein verlor'nes Fragen. Ein Tischler, das ist Saft und Blut Und Drang, trotzdem dennoch wipfelwärts zuzagen.

Daß ich ein Tischler bin, das macht mich stark. Noch selbst in Wintertagen. Denn Frühling werden ist des Winters Sinn, Und hoffen wieder statt zu klagen. Ein Tischler, das ist Kraft und Mark Und Trieb, noch fester Wurzel erdenwärts zu schlagen.

Otto Ziere.

tür. Ethel selbst öffnete. Als sie ihn erblickte, strahlte ihr Gesicht vor Freude, sie wandte sich um und rief: „Da ist er!“ Dann lief sie in die Halle zurück. „Er ist gekommen! Ich sagte doch, daß er kommen würde, Papa!“

Ein Mann erschien im Rahmen der Speisezimmertür und starrte auf Samuel. „Da ist er, Papa!“ jubelte Ethel. „Da ist mein Einbrecher!“

Herr Vince kam in die Halle. Er war ein etwas schwerfälliger Mann mit rötlichem Gesicht und buschigem Bart.

„Guten Tag, Herr“, sagte Samuel.

„Sind Sie tatsächlich der junge Mann, der gestern nacht hier war?“

„Ja, Herr.“

Der würdige Pastor war offensichtlich äußerst verblüfft. „Das ist merkwürdig“, sprach er. „Kommen Sie doch herein.“

Sie setzten sich in die Bibliothek. „Sie sollen nicht glauben, Herr, daß ich betteln will“, sagte Samuel hastig. „Ihre kleine Tochter meinte ...“

„Lassen Sie das. Wenn die Geschichte, die Sie Ethel erzählten, wirklich auf Wahrheit beruht, so wird es mich freuen, etwas für Sie zu tun.“

„Danke!“

„Und Sie brachen also tatsächlich gestern nacht hier ein!“ rief der Pastor. „Nun, nun. War es das erstemal, daß Sie so etwas taten?“

„Das allererstemal.“

„Wie kamen Sie auf den Gedanken?“

„Es, es war noch ein anderer dabei“, erklärte Samuel. „Sie werden begreifen, daß ich nicht von ihm sprechen möchte.“

„Ich begreife. Er verführte Sie dazu.“

„Ja.“



„Und Sie hatten vorher noch nie eine unehrliche Handlung begangen?“

„Nein.“

„Wären kein Dieb?“

„Nein!“ rief Samuel empört.

Der Pastor bemerkte die Empörung des Burschen. „Weshalb taten Sie es dann jetzt?“ fragte er.

„Ich war davon überzeugt, daß es recht sei.“

„Wie ist das möglich? Hat man Sie nie gelehrt, daß Stehlen eine Sünde ist?“

„Doch. Aber das Ganze ist nicht so einfach, wie es scheint. Ich lernte Professor Stewart kennen ...“

„Professor Stewart?“ wiederholte der Pastor.

„Ja, den Professor von der Hochschule.“

„Was hat denn er damit zu schaffen?“

„Erklärte mich über das Überleben des Tauglichsten auf, sagte mir, ich müsse verhungern, weil ich untauglich sei. Und dann traf ich mit Herrn Albert zusammen ...“

„Herrn Albert?“

„Albert Lockman. Der Professor hatte gesagt, Herr Albert sei einer der Tauglichen, und nun sah ich, daß er sich betrinke und auch noch andere böse Dinge tue; deshalb kam es mir nicht mehr recht vor, daß gerade ich verhungern müsse. Jetzt sehe ich ja ein, daß ich töricht war; aber ich glaubte, auch ich müsse kämpfen, versuchen, am Leben zu bleiben. Als ich Char ... das heißt, als ich einen schlechten Menschen traf, der mich lehrte, Einbrecher zu werden, da ...“

Der Pastor hatte voller Verblüffung gelauscht; nun unterbrach er Samuel:

„Junge, machen Sie sich etwa über mich lustig?“

„Lustig?“ Samuel riß die Augen auf.

Der Pastor schöpfte tief Atem, begann Samuel auszufragen, der Bursche mußte ihm seine ganze Lebensgeschichte erzählen. Als er jedoch von dem Gespräch mit Professor Stewart berichtete, konnte sich der Pastor nicht mehr beherrschen, brach aus: „Samuel, ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas Entsetzlicheres gehört!“

„Wieso, Herr?“

„Sie wurden gerettet, durch die Hand der Vorsehung gerettet. Sie standen am Abgrund des Verbrecherlebens, nur deshalb, weil unserer Hochschulen gestattet wird, derartige gottlose und verderbte Doktrinen zu lehren. Das nennen die Leute Wissenschaft! Aufklärung!“

Der Pastor hatte sich erhoben und schritt erregt im Zimmer umher. „Ich behauptete ja stets, daß die Folge solcher Lehren das Ende der Moral bedeute! Hier wurde dies augenscheinlich. Ein anständiger junger Mann wird zum Verbrecher, weil er Herbert Spencers Lehren befolgt!“

Samuel lauschte bestürzt. „Ist denn nicht wahr, was Herbert Spencer sagt?“

„Wahr?“ rief der Pastor. „Aber, Samuel, Sie müssen doch wissen, daß es nicht wahr ist! Lesen Sie denn nicht die Bibel? Steht etwa in der Bibel etwas über den Kampf ums Dasein? Lehrt die Bibel, es sei Ihre einzige Pflicht, andere zu bekämpfen, um Ihre eigenen selbstsüchtigen Ziele zu erreichen? Wurde Ihnen nicht vielmehr klargemacht, daß Sie nicht um das eigene Wohl besorgt sein, sondern für andere leben, lieber leiden, als Unrecht tun sollen? Was hätte Ihr Vater gesagt, Samuel, wenn er Sie gestern abend gesehen hätte, seinen lieben Sohn, den er in Gottesfurcht erzogen hatte?“

„O, Herr Pastor!“ rief Samuel bis ins Herz getroffen.

„Mein Junge, es kommt in dieser Welt nicht darauf an, daß wir persönlich überleben, sondern daß das Gute überlebe. Für das Gute müssen wir leben und, wenn es not tut, auch sterben. Wir müssen unsere Mitmenschen lieben und ihnen dienen, demütig und geduldig sein, müssen uns freudig opfern. Das Überleben des Tauglichsten! Schon dieser Gedanke allein leugnet alles Geistige. Wie dürfen wir es wagen, uns selbst als tauglich zu bezeich-

nen? Dadurch liefern wir uns allen niedrigen Leidenschaften des Menschenherzens aus, der Habgier, der Eifersucht, dem Haß. Derartige Lehren sind die Ursache aller Schlechtigkeit, alles Materialismus unserer Zeiten, aller Verbrechen, aller Morde, aller Kriege. Ist denn Jesus umhergewandert, stets an sein eigenes Überleben denkend, andere beraubend, weil sie weniger tauglich waren als er? Wie wäre es Ihnen ergangen, mein Sohn, hätten Sie gestern nacht Jesus gegenüberstehen müssen?“



Glühende Scham überwältigte Samuel. „Genug, Herr, genug!“ rief er und verdeckte sein Gesicht mit den Händen. „Ich sehe schon alles ein. Ich war sehr schlecht.“

„Ja, Sie waren schlecht.“

Tränen füllten Samuels Augen. „Ich begreife gar nicht, wie ich es tun könnte“, flüsterte er. „Ich war blind, verloren. Bin ein verirrtes Schaf.“ Seine Gefühle überwältigten ihn, er brach in Schluchzen aus. „Ich begreife mich nicht“, jammerte er. „Ich war vertückt!“

Der Pastor beobachtete ihn einige Augenblicke. „Vielleicht war es nicht Ihre Schuld“, meinte er schließlich milder. „Sie wurden verführt ...“

„Nein, nein, ich bin schlecht. Muß ja schlecht sein. Hätte mich nie und nimmer überreden lassen, wäre ich nicht schlecht. Gleich zu Anfang unterlag ich der Versuchung, damals, als ich umsonst mit der Bahn fuhr. Und daher rührt alles, es ist wie eine einzige lange Kette.“

„Wir wollen froh sein“, sprach Herr Vince, „daß die Kette nicht noch länger ist, und daß Sie nun an ihrem Ende angelangt sind.“

„Bin ich es wirklich?“ rief Samuel verzweifelt.

„Weshalb nicht? Sie werden sich doch nicht mehr durch falsche Lehren verführen lassen?“

„Nein. Aber sehen Sie doch, was ich tat! Ich könnte dafür ins Gefängnis kommen, weiß gar nicht, auf wie lange Zeit.“

„Sie meinen wegen gestern nacht? Davon wird nie jemand etwas erfahren. Sie können heute ein neues Leben beginnen.“

„Aber die Erinnerung daran wird mich verfolgen; ich werde mir nie verzeihen können.“

(Fortsetzung folgt.)

Von der Wiege bis zum Grabe

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das heißt, wir können nicht tun und lassen, was und wie es uns gefällt, sondern wir haben dabei immer bestimmte gesetzliche Vorschriften zu beachten. Manchmal empfinden wir die Gesetze als eine lästige Einmischung in unsere persönliche Freiheit, ein andermal würden wir ohne sie aber überhaupt keine persönliche Freiheit haben. Im folgenden wird angedeutet, was wir bei Erreichung eines bestimmten Alters für Rechte und Pflichten haben:

Wenn man geboren ist, erlangt man sogleich die „Rechtsfähigkeit“, d. h. die Fähigkeit, Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten zu übernehmen. Die Erbfähigkeit beginnt bereits 270 Tage vor der Geburt.

Wenn man ein Jahr alt ist, ist man zum erstenmal impflichtig; die Impfung muß vor Vollendung des zweiten Lebensjahres erfolgen.

